

Leserbriefe

CVP und FDP schützen Steuerbetrug von Rentnern in Neuseeland

Ausgabe vom 6. November

Antwort auf den Artikel «SVP will betrügerische Rentner schützen»

Doris Kleck behauptet, die SVP habe mit ihrer Ablehnung zum Automatischen Datenaustausch (AIA) mit Neuseeland betrügerische Schweizer Rentner geschützt. Die Drahtzieher dafür kommen jedoch aus der CVP und der FDP. Die SVP war schon immer gegen den Automatischen Informationsaustausch (AIA) und dessen Ausweitung auf 41 weitere Staaten.

Dass der Bundesrat und das Parlament (mit Ausnahme der SVP) neu alle Bankdaten von Schweizern im Ausland und von Ausländern in der Schweiz jährlich an das Ausland melden will, können wir nicht unterstützen. Nicht, weil es sich bei diesen Geldern um Steuerbetrug handeln würde, sondern weil es bei Ländern wie Russland, Brasilien und Mexiko um rechtsstaatlich äusserst kritische Länder geht. Wenn wir die Einkommen und Vermögen von Auslandschweizern und Ausländern mit Schweizer Schutz öffentlich dorthin ausliefern, liefern wir auch unsere Landsleute direkt der Korruption aus und lassen zu, dass sie wegen ihrer Schweizer Er-

sparnisse im Ausland erpresst und direkt an Leib und Leben bedroht werden.

Die SVP wollte die Länder deshalb zuerst auf Korruption, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit geprüft haben, was die anderen Parteien ablehnten. In der Folge lehnten wir auch alle Abkommen mit allen Ländern ab. Anders die anderen Parteien: Sie stimmten ihnen alle zu. Aber ausgerechnet bei Neuseeland änderten die CVP und FDP ihre Meinung und lehnten das Abkommen hier ab. Warum machten sie bei Neuseeland eine Ausnahme? Weil die Auslandschweizer dort offenbar ihre Schweizer AHV nicht deklarieren, um die Steuern nicht bezahlen zu müssen...

Der SVP, die generell alle Abkommen ablehnt, nun ausgerechnet einen Schutz von Betrügern in Neuseeland zu unterstellen, ist wirklich unverfroren, Frau Kleck! Es wäre auch für die Stimmbürger viel interessanter gewesen, Sie hätten der CVP und der FDP auf den Zahn gefühlt und sie zu diesem Stimmverhalten in Bern befragt! Oder fragen Sie doch einfach die FDP aktuell, wie sie ihre Zustimmung zur Frauenquote in der Geschäftsleitung von Unternehmen mit ihrer sogenannten «liberalen Haltung» oder mit «weniger Regulierung» erklären kann! Weitere Beispiele gefällig? Ich stehe Ihnen gerne für Auskünfte zur Verfügung.

Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin, SVP-Nationalrätin

Leserbrief CVP und FDP schützen Steuerbetrug

Zum Artikel «SVP will betrügerische Rentner schützen» in der Ausgabe vom 6. November.

Doris Kleck behauptet, die SVP habe mit ihrer Ablehnung zum automatischen Datenaustausch (AIA) mit Neuseeland betrügerische Schweizer Rentner geschützt. Die Drahtzieher dafür kommen jedoch aus der CVP und der FDP. Die SVP war schon immer gegen den automatischen Informationsaustausch (AIA) und dessen Ausweitung auf 41 weitere Staaten. Dass der Bundesrat und das Parlament (mit Ausnahme der SVP) neu alle Bankdaten von Schweizern im Ausland und von Ausländern in der Schweiz jährlich an das Ausland melden wollen, können wir nicht unterstützen. Nicht, weil es sich bei diesen Geldern um Steuerbetrug handeln würde, sondern weil es bei Ländern wie Russland, Brasilien und Mexiko um rechtsstaatlich äusserst kritische Länder geht. Wenn wir die Einkommen und Vermögen von Auslandschweizern und Ausländern mit Schweizer Schutz öffentlich dorthin ausliefern, liefern wir auch unsere Landsleute direkt der Korruption aus und lassen zu, dass sie wegen ihren Schweizer Ersparnissen im Ausland erpresst und direkt an Leib und Le-

ben bedroht werden. Die SVP wollte die Länder deshalb zuerst auf Korruption, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit geprüft haben, was die anderen Parteien ablehnten. In der Folge lehnten wir auch alle Abkommen mit allen Ländern ab. Anders die anderen Parteien: Sie stimmten ihnen alle zu. Aber ausgerechnet bei Neuseeland änderten die CVP und die FDP ihre Meinung und lehnten das Abkommen hier ab. Warum machten sie bei Neuseeland eine Ausnahme? Weil die Auslandschweizer dort offenbar ihre Schweizer AHV nicht deklarieren, um die Steuern nicht bezahlen zu müssen... Der SVP, die generell alle Abkommen ablehnt, nun ausgerechnet einen Schutz von Betrügern in Neuseeland zu unterstellen, ist wirklich unverfroren, Frau Kleck! Es wäre auch für die Stimmbürger viel interessanter gewesen, Sie hätten der CVP und der FDP auf den Zahn gefühlt und sie zu diesem Stimmverhalten in Bern befragt. Oder fragen Sie doch einfach die FDP aktuell, wie sie ihre Zustimmung zur Frauenquote in der Geschäftsleitung von Unternehmen mit ihrer sogenannten «liberalen Haltung» oder mit «weniger Regulierung» erklären kann. Weitere Beispiele gefällig? Ich stehe Ihnen gerne für Auskünfte zur Verfügung.

**Magdalena Martullo-Blocher, Meilen/
Lenzerheide, Nationalrätin SVP**